

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Archiv;art1291,2194162>

Was heißt „Zivilgesellschaft“?

Der Tagesspiegel
25.3.2002 0:00 Uhr

Der Stand der Dinge: Unter diesem Titel erklären in unregelmäßiger Folge führende Geistes- und Sozialwissenschaftler den Tagesspiegel-Lesern die zentralen Begriffe ihrer Disziplin. Welches Wort hat gerade Konjunktur, worüber wird gestritten oder geforscht, in der Soziologie, der Philosophie, der Geschichte? Im Lauf der Zeit entsteht so ein Wörterbuch der Geistes- und Sozialwissenschaft dieser Jahre.

Von Jürgen Kocka

Wissenschaftliche Begriffe haben Karrieren. Verfolgt man ihren Aufstieg, Wandel und Verfall, erkennt man Konjunkturen der Forschung, die sich oft mehr aus den Wendungen des Zeitgeists und dem sich wandelnden Problemdruck der Gegenwart als aus wissenschaftsinternen Neuerungen ergeben. Jedenfalls gilt das für einige Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Debatte über „Zivilgesellschaft“ ist ein Beispiel dafür.

Der Begriff spielt gegenwärtig eine zentrale Rolle – einerseits in den Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaften, andererseits in den Diskussionen der Intellektuellen und der politischen Rhetorik verschiedener Richtungen: bei Liberalen, Kommunitaristen und Sozialdemokraten, in der Befreiungsrhetorik der Dritten Welt wie in der antikapitalistischen Globalisierungskritik. Der Begriff oszilliert. Seine Bedeutungen variieren.

Zentral für „Zivilgesellschaft“ ist gesellschaftliche Selbstorganisation durch Vereine, Zirkel, Netzwerke und Non-Government Organizations (NGO). Zivilgesellschaft meint öffentliche Diskussion, Konflikt und Verständigung, einen Bereich nicht gegängelter Selbstständigkeit, ausgeprägter Vielfalt und selbst getragener Dynamik von Individuen und Gruppen – einen sozialen Raum zwischen Staat, Ökonomie und Privatsphäre.

Das Gemeinwohl sichern

„Zivilgesellschaft“ steht aber auch für einen noch nirgendwo realisierten Entwurf menschlichen Zusammenlebens, für ein ehrgeiziges Projekt in der Tradition der Aufklärung. Dazu gehören gesellschaftliche Selbstorganisation, akzeptierte kulturelle Vielfalt, Orientierung am Gemeinwohl, Zivilität und politische Öffentlichkeit sowie Institutionen, die all dies absichern.

In der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts erhielt der an sich ältere Begriff seine moderne Prägung. Autoren wie John Locke, Adam Ferguson, Montesquieu, Thomas Paine und Immanuel Kant trugen dazu bei. Zivilgesellschaft (oder Bürgergesellschaft) stand für den utopischen Entwurf einer Zivilisation, in der die

Menschen als mündige Bürger und Bürgerinnen, als citoyens und citoyennes, friedlich zusammenleben würden, als Privatpersonen in ihren Familien und als Bürger in der Öffentlichkeit; selbstständig, frei und verantwortlich, in Assoziationen kooperierend, unter der Herrschaft des Rechts, aber ohne Gängelung durch den Obrigkeitsstaat; mit Toleranz für kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt, aber ohne allzu große soziale Ungleichheit, jedenfalls ohne ständische Ungleichheit herkömmlicher Art. Bald definierte man „Zivilgesellschaft“ in scharfer Absetzung vom Obrigkeitsstaat, mit anti-absolutistischer Spitze.

Unter dem Eindruck des Kapitalismus und der Industrialisierung kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Umdefinition des Begriffs, zum Beispiel bei Hegel und Marx. „Zivilgesellschaft“ wurde nun als System der Bedürfnisse, der Arbeit, des Marktes und der Partikularinteressen definiert, dem Staat entgegengesetzt und untergeordnet – eine Sphäre der Dominanz des Bürgertums, dies im Sinne von Bourgeoisie verstanden. Der traditionell positive Begriff „Zivil-“ oder „Bürgergesellschaft“ wurde im Deutschen durch den Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ verdrängt, der bis ins späte 20. Jahrhundert vor allem kritisch und polemisch gebraucht worden ist.

Seit ungefähr 1980 erlebt der Begriff „Zivilgesellschaft“ ein fulminantes Comeback. Er wurde zum Schlüsselbegriff anti-diktatorischer Kritik vor allem in Ostmitteleuropa, wo Dissidenten wie Havel, Geremek und Konrád mit dem Begriff gegen Parteidiktatur, sowjetische Hegemonie und totalitäre Herrschaft antraten, für Freiheit, Pluralismus und gesellschaftliche Autonomie. Entsprechendes war in Lateinamerika und Südafrika zu beobachten. Mittlerweile wird der Begriff weltweit verwandt, in verschiedenen politischen Milieus, jedoch durchweg mit positiver Konnotation. Ins Deutsche wurde er rückübersetzt, unter Umgehung des kritisch-polemisch festgelegten Ausdrucks „bürgerliche Gesellschaft“. Offensichtlich erreichten am Ende des 20. Jahrhunderts Ideen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts neue Aktualität. „Zivilgesellschaft“ gewann neue Attraktivität im siegreichen Kampf mit den Diktaturen, die im 20. Jahrhundert die eklatanteste Verneinung der Zivilgesellschaft darstellten.

Neue Lösungen

Doch auch in der nichtdiktatorischen Welt passt der Begriff in die politisch-intellektuelle Großwetterlage. Mit seiner Betonung gesellschaftlicher Selbstorganisation und individueller Eigenverantwortung reflektiert er die verbreitete Skepsis gegenüber der Gängelung durch den Staat, der als Sozial- und Interventionsstaat auch im Westen an die Grenzen seiner Leistungskraft gestoßen ist, der zu viel reguliert und sich damit überfordert.

Andererseits verspricht die Zivilgesellschaft, dem sich unbändig entfaltenden, weltweit siegreichen Kapitalismus etwas entgegenzusetzen. Der Begriff reflektiert damit eine Kapitalismuskritik neuer Art. Denn die auf Diskurs, Konflikt und Verständigung setzende Logik der Zivilgesellschaft verspricht andere Problemlösungen als die Logik des Marktes, die auf Wettbewerb, Tausch und shareholder value beruht.

Schließlich gehört zum zivilgesellschaftlichen Verhalten das bürgerschaftliche Engagement, der Einsatz für das gemeine Wohl, so unterschiedlich es auch verstanden wird. In den zunehmend individualisierten und fragmentierten Gesellschaften des spät- und postindustriellen Typs verspricht Zivilgesellschaft eine Antwort auf die drängende Frage, was diese Gesellschaften überhaupt noch zusammenhält. Ähnlich wie in der anglo-amerikanischen Diskussion über den „Dritten Weg“ geht es in der Debatte über „Zivilgesellschaft“ um die dringende Neubestimmung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, um die moralischen Grundlagen der Politik, um das Gemeinwesen insgesamt. Dabei zeigt sich, dass das Projekt „Zivilgesellschaft“ seinen utopischen Gehalt noch immer nicht ganz verloren hat.

Was als Zentralbegriff politischer Zieldiskussionen einen spektakulären Wiederaufstieg erlebte, setzte sich wenig später als sozial-, politik- und geschichtswissenschaftlicher Beschreibungs- und Analysebegriff durch. In den letzten Jahren erschienen hunderte von wissenschaftlichen Büchern und tausende von Artikeln mit „civil society“ im Titel. Sie untersuchen die Geschichte und Gegenwart, die Ursachen und Folgen von Vereinen, sozialen Bewegungen und Initiativen, von politischer Öffentlichkeit im Nationalstaat und über seine Grenzen hinaus, das Zusammenwirken von NGOs, lokalen Kulturen, Weltbank und nationalen Regierungen in Ländern wie Indien, Mali oder Venezuela, die Selbstorganisationsfähigkeit und den Zusammenhalt moderner Gesellschaften, „Bürgerarbeit“ im „Dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat, Mäzenatentum, Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement in den verschiedenen Ländern Europas.

Kriege und Krisen

Historiker untersuchen den früher sehr engen Zusammenhang zwischen dem Bürgertum und dem zivilgesellschaftlichen Projekt. Sie zeichnen nach, wie es sich in Europa auf ganz verschiedenen Pfaden entwickelte, in den Kriegen und Krisen des 20. Jahrhunderts beinahe zugrunde ging und heute auch in Ländern eine gewisse Chance besitzt, die kein starkes Bürgertum (mehr) besitzen, wie beispielsweise in Osteuropa. Das Projekt der Zivilgesellschaft entstand im Westen, doch erweist es sich längst auch in anderen Weltgegenden als attraktiv. Mit seiner Verbreitung verändert es sich. Zivilgesellschaft ist mit sozialer Ungleichheit vereinbar, doch zu viel davon höhlt das Projekt aus.

Vieles bleibt umstritten, es fehlt nicht an Kritik der Zivilgesellschaft und der ihr gewidmeten Forschung. Der Begriff ist oft vage und überlastet, er schillert zu sehr. Es gibt die blauäugige Glorifizierung zivilgesellschaftlicher Praktiken, als ob diese nicht leicht in die Wahrnehmung egoistischer Gruppeninteressen, in unvernünftige Gewalt oder gegenseitige Blockierung umschlagen könnten. Es ist falsch, die Zivilgesellschaft gegen den demokratisch-parlamentarischen Staat auszuspielen. Beide sind vielmehr aufeinander verwiesen. Manchem hoch professionalisierten Sozialwissenschaftler ist die Verknüpfung normativer und analytischer Elemente im Begriff „Zivilgesellschaft“ ein Gräuel.

Die umgekehrte Sichtweise hat jedoch mehr für sich. Der Reiz der Diskussion über

die Zivilgesellschaft liegt eben darin, dass sie gründliche empirische Forschung mit den großen Fragen der Zeit zu verbinden vermag. Unter dem Blickpunkt „Zivilgesellschaft“ stellt sich die Wissenschaft neue Fragen und bringt Probleme in Verbindung, die ansonsten getrennt behandelt wurden, oder gar nicht. Verschiedene Wissenschaften arbeiten dabei zusammen, und ihre Arbeit ist notwendig international. So spielt sich wissenschaftlicher Fortschritt ab.

Der Autor ist Historiker an der FU Berlin und Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.

Weiterführende Lektüre: John Keane, Civil Society. Old Images, New Visions, Polity Press, Cambridge 1998

Manfred Hildermeier u.a. (Hg.), Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Campus Verlag, Frankfurt 2000